

Bericht über das Treffen des Forums „Gesellschaftsverantwortung“ am 13. November 2012 anlässlich des „Runden Tisches“ in Salzburg

Besprechungspunkte waren:

- „Allianz für den freien Sonntag“

Das Verbot der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen in Österreich ist nicht verfassungswidrig. Das hat der Verfassungsgerichtshof (VfGH) in Österreich entschieden. „Auch wenn ein gesellschaftlicher Wandel eingetreten ist, könne das Verbot noch immer mit dem öffentlichen Interesse an der Wahrung und Erhaltung der Wochenendruhe gerechtfertigt werden“, teilte der VfGH am 11. Juli 2012 mit.

Der Kalender der „Allianz“ für 2013 würdigt in sehr guter Form die Berufe und Menschen, die aus öffentlichem Interesse am Sonntag arbeiten.

- Neue Empfehlungen der österreichischen Ethikkommission betreffend In-vitro-Fertilisation, Eizellspende und Präimplantationsdiagnostik

Arbeitsgruppen der „Lebenskonferenz“ haben dazu Stellung genommen und die kritischen Punkte in einem eigenen Papier zusammengefasst, das den Mitgliedern des „Runden Tisches“ (RT) übermittelt wurde (siehe gesonderter Punkt – nachfolgend aufgegliedert). Es wurden alle Mitglieder gebeten, in schriftlicher Form den mit dieser Angelegenheit besonders befassten Politikern ihre Bedenken gegenüber diesen Empfehlungen mitzuteilen.

- Internet-Pornographie – Ausmaß und Ursachen dieser Sucht und Wege zur Heilung

Es wurde die Frage erörtert, ob und in welcher Form dieses Problem unserer Zeit im Plenum des RT behandelt werden soll. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass diese Sucht verwandt ist mit der Spielsucht. Trotz des Wissens um die daraus entstehenden Probleme für viele Menschen und Familien werden in Österreich Lizenzen für Spielcasinos vom Staat vergeben – mit einseitiger Sicht auf den finanziellen Ertrag und ohne Berücksichtigung der sekundären schwerwiegenden Folgen für die Gesellschaft. Ähnliches gilt für die Internet-Pornographie, wo gewaltige finanzielle Umsätze getätigt werden. Das Leitungsteam des RT wird entscheiden, ob sich das Plenum des RT mit den Fragen der Pornographie befassen wird.

- Volksabstimmung „Berufsheer oder allgemeine Wehrpflicht“

Es wurden zu dieser Frage folgende Argumente zusammengetragen:

Ein Berufsheer kann leichter politisch „gefärbt“ werden und in politisch unruhigen Zeiten auch leichter gegen Teile der Bevölkerung eingesetzt werden als ein Heer mit Präsenzdienern, das sicher „volksnäher“ ist.

Anzustreben ist durch geeignete Schritte die Verbreitung des Bewusstseins, dass jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin sich eine gewisse Zeit vor, während oder nach der Berufsausbildung dem Dienst an der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen hat. In diesem Sinn ist auch ein Zivildienst für Frauen in geeigneter Form und Dauer zu prüfen.

Aus dieser oben genannten Sicht und auch wegen der derzeitigen sozialen Bedeutung erscheint der Zivildienst in der jetzigen Form unverzichtbar.

Bei Beibehaltung der bisher gültigen Form der allgemeinen Wehrpflicht ist eine grundlegende Reform des Präsenzdienstes erforderlich, um die immer wieder vorkommenden tagelangen Leerläufe ohne sinnvolle Aufgaben für Präsenzdiener zu vermeiden.

Zusammengefasst für das Forum: Hans-Peter Lang